


in Beirut gar nicht zu reden, so Baroud. Unter der Sharon-Regierung wurde die zweite Intifada brutal niedergeschlagen und die Palästinensische Behörde in ihre Einzelteile zerlegt.

Der Autor erwähnt das Missmanagement, die Korruption und die schlechte Regierungsführung der palästinensischen Politiker, die ebenfalls zu Frustrationen innerhalb der Bevölkerung geführt haben. Bei der Frage des Widerstandes gegen die Besetzung vertritt Baroud eine klare Haltung. »Palestinian resistance factions must desist from targeting Israeli civilians, with or without an officially negotiated cease-fire, and regardless of the course of action chosen by Israel and its reckless government in response. This decision is imperative if the Palestinian struggle is to safeguard its historic values and uphold its moral preeminence.« Für den Autor steht es außer Frage, dass die Palästinenser ein »legitimate right to self-defense, and the unequivocal right of riddling themselves of so lengthy and so vile an occupation« haben. Aber es ist auch »imprudent for the occupied – who surely possesses the moral edge – to utilize the unmerited methods of the occupier«. Das Völkerrecht unterscheidet klar zwischen einer Besatzungsmacht und der Zivilbevölkerung. »If Palestinians waver from this critical line of reasoning, their historically virtuous struggle risks being diluted with moral corruption.«

Am Ende des Buches stellt der Autor Überlegungen über die »Essentials« der Palästinenser an, die auf keinen Fall aufgegeben werden dürften. Ähnlich den Zionisten, so Baroud, müsste die palästinensische Führung ein klares Ziel vor Augen haben, und dies nicht nur in eine westliche, sondern als eine internationale Priorität verwandeln. Das Recht auf Rückkehr, zu diesem Zweck wurde die PLO gegründet, müsse der zentrale Fokus des palästinensischen Kampfes bilden. Auch die anderen »Essentials« wie Ost-Jerusalem, Siedlungen oder der Grenzverlauf sollten als »nicht-verhandelbar« gelten. Zu guter letzt werde die zweite Intifada allen Menschen mit Gewissen im Gedächtnis bleiben »as a fight for freedom, human rights, and justice«. Auch in der Zukunft bleibe der Volksaufstand eine Option.

Abgerundet wird das Buch durch das exzellente Vorwort von Kathleen und Bill Christison sowie durch die

überzeugende Einleitung von Jennifer Loewenstein, einer US-amerikanischen Aktivistin und assoziierten Mitglieds im Middle East Studies Program der University of Wisconsin-Madison. Sie benutzen eine deutliche Sprache, um die Gräueltaten der israelischen Besatzungsarmee zu beschreiben, die der palästinensischen Bevölkerung in der über 40-jährigen Besatzungsherrschaft zugefügt worden sind. Ein sehr überzeugendes Buch. 

Ludwig Watzal

Francis A. Boyle

Tackling America's Toughest Questions

Clarity Press, Atlanta 2009, 183 Seiten, 14,95 \$

Der Krieg gegen Afghanistan sei »illegal«. Humanitäre Interventionen dienen dem Westen als Vorwand für Aggressionen gegen die Völker des Südens. Die Öffentlichkeit müsse den neokonservativen »Kriegstreibern« widerstehen, die die USA in ein weiteres militärisches Abenteuer gegen den Iran treiben wollen. Diese und zahlreiche weitere kritische Forderungen erhebt der an der Universität von Illinois in Champaign lehrende Völkerrechtler Francis A. Boyle in seinem neuesten Buch.

Die Publikation enthält zahlreiche Interviews, die Boyle seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in alternativen Medien gegeben hat. Daneben gibt es weitere Beiträge, die sich mit der Politik von George W. Bush auseinandersetzen und dessen Politik als einen Anschlag auf die US-Verfassung, das Völkerrecht und die Weltordnung beschreiben. Die Beiträge und die Interviews machen deutlich, dass der Krieg gegen Afghanistan »illegal« ist, von dem Überfall auf den Irak gar nicht zu sprechen, und dass dem hehren Ziel einer »humanitären Intervention« in Wahrheit Aggressionen des Westens gegen die Völker des Südens zugrunde liegen, um sich deren Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas anzueignen. Ein »Markenzeichen« der Clinton-Administration war »its manipulation of the doctrine of ›humanitarian intervention‹ and end of ›humanitarianism‹ in order to justify its illegal, aggressive, and imperialist interventions around the world«.

Der Autor spricht dem Westen ab, in Afghanistan Freiheit, Demokratie

oder Menschenrechte durchsetzen zu wollen. Der wahre Grund liege in den Erdöl- und Ergasvorräten Zentralasiens sowie der Kontrolle der Pipelines, die durch Afghanistan verlaufen. Hinzu kommen weitere geopolitische Überlegungen wie die Zurückdrängung des Einflusses Russlands und Chinas sowie des Irans. Die Destabilisierung Pakistans liege ebenfalls im westlichen geopolitischen Interesse, um es aus Afghanistan zurückzudrängen. »The destabilization and fragmentation of this nuclear-armed Muslim state was already part of the Bush jr. neoconservative agenda.«

Boyle gehörte zusammen mit Ramsey Clarke, einem früheren Justizminister unter US-Präsident Lyndon B. Johnson, zu denjenigen, die Mitglieder des US-Kongresses davon überzeugen wollten, gegen Bush ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, was aber an den Demokraten gescheitert ist, weil sie fürchteten, ihrem Präsidentschaftskandidat John Kerry könnten dadurch Nachteile entstehen. Aus Boyles Äußerungen wird jedoch deutlich, dass die Demokraten im US-Kongress auch deshalb kein Interesse zeigten, weil sie Bushs »war on terror« mit ganzem Herzen unterstützt haben.

Illusionslos hat er Barack H. Obama aufgrund seiner Aussagen und der Auswahl seiner Berater analysiert. Die irrationale Euphorie der Europäer konnte er nie nachvollziehen. Obamas Präsidentschaft entspreche eher einem dritten Term von Bill Clinton als etwas völlig Neuem. »You are not going to get change with Joe Biden.« Die Ernüchterung über Obama scheint endlich auch in Europa angekommen zu sein. Für Europa dürfte die Einschätzung Boyles über sein Land etwas gewöhnungsbedürftig klingen: »The United States and its Nato Alliance constitutes the greatest collection of genocidal states ever assembled in the entire history of the world. (...) Humanity bears a ›responsibility to protect‹ the very future existence of the world from the United States and Nato.« Die politischen Eliten in Europa dürften wenig Interesse an dieser Sichtweise der Welt haben. Der Autor hält den Finger in die Wunde eines taumelnden Empires. Europa sollte sich dafür interessieren. Die Zukunft bleibt allemal spannend so wie der Inhalt dieses Buches. 

Ludwig Watzal